

# Kiels SPD klagt übers Land

**Kiel** – Die Absage des Landes, sich an den Gutachter-Kosten für die StadtRegionalBahn zu beteiligen, hat die Kieler SPD-Spitze auf die Barrikaden gebracht. Kreischef Rolf Fischer wirft der CDU-Landesregierung vor, die Landeshauptstadt zu benachteiligen, seit mit Torsten Albig ein SPD-Oberbürgermeister regiert. Die rot-grünen Mehrheitsfraktionen werten die Weigerung des Landes als Beleg dafür, dass die CDU-Landesregierung „das gestalten-de Regieren im Land eingestellt hat“. Sie fordern eine schnelle Einigung über die Kostenfrage zwischen Stadt und Land.

**Seite 22**

**Kommentar Seite 2**



## Zum Streit über die StadtRegionalBahn Von Martina Drexler

# Stadt braucht klare Signale

Die heftigen Reaktionen der Kieler Parteien auf die Weigerung des Landes, sich an den Kosten für die Gutachten zur Finanzierung der StadtRegionalBahn zu beteiligen, zeigen überdeutlich: Das Wahlkampfgetöse in Schleswig-Holstein hat nach dem Koalitionsbruch längst begonnen. So geht der Rundumschlag von SPD-Kreischef Rolf Fischer, die Landesregierung strafe Kiel nur ab, weil statt einer Christdemokratin ein Sozialdemokrat im Rathaus herrscht, zumindest teilweise ins Leere. Der von ihm zitierte Landesbeschluss zum Beispiel, den Verwaltungssitz des Universitätsklinikums nach Lübeck zu verlegen, fiel Anfang 2008, als noch CDU-Landesvize Angelika Volquartz Kiels Oberbürgermeisterin war.

Interessanterweise fehl-

te bei seiner Aufzählung das jüngste Aus für ein Kieler Science Center – die Landesentscheidung trugen auch SPD-Koalitionäre mit, während im Kieler Rat die Enttäuschung fast alle Fraktionen einte.

Das Misstrauen von Rot-Grün in Kiel, dass das Land womöglich auch die StadtRegionalBahn ausbremst, ist aber nach diesen Erfahrungen allzu verständlich. Zumal die Versicherung des Ministeriums, die Absage sei nicht als Nein zum Gesamtprojekt zu verstehen, ausgesprochen halbherzig klingt. Die Stadt aber braucht klare Signale von der Landesregierung, ob sie und die Region bei dem Riesenprojekt mit deren Unterstützung rechnen kann oder nicht. Man muss kein Hellseher sein, um zu ahnen, dass sie die vor der Wahl wohl nicht mehr erhalten wird.

# Bremst das Land Kiel aus?

## Kein Geld für SRB-Gutachten: SPD-Kreischef wirft CDU-Landesregierung vor, die Stadt zu benachteiligen

**Kiel – Die Ablehnung des Landes, sich an den Gutachter-Kosten für die StadtRegionalBahn (SRB) zu beteiligen, hat bei SPD und Grünen in Kiel Proteste ausgelöst. SPD-Kreischef Rolf Fischer wirft der CDU-Landesregierung vor, Kiel zu benachteiligen. Für die FDP, Gegnerin des 350-Millionen-Euro-Projekts, stellt die Entscheidung den „Einstieg in den Ausstieg“ dar.**

Von Martina Drexler

Ob die „fragwürdigen Signale“ in Sachen Abriss Schloss/Philharmonie, Absage zur Förderung Falckensteins, die Verlagerung wichtiger Bereiche

des Universitätsklinikums nach Lübeck bis hin zum „fehlenden öffentlichen politischen Signal zum Erhalt von Lindenau“ – die jetzige Entscheidung, zählt der Landtagsabgeordnete Fischer auf, sei nur ein weiteres Beispiel dafür, dass die Stadt nach Torsten Albigs (SPD) Wechsel an die Verwaltungsspitze von der Regierung abgestraft werde. Wie berichtet, betrachtet das Wirtschafts- und Verkehrsministerium den ersten etwa 100000 Euro teuren Auftrag an die Gutachter zu ermitteln, wie sich die Kosten der Bahn auf die beteiligten Kommunen und Kreise verteilen, als Sache der Kommunen. In einem zweiten Gutachten geht es um regionalwirtschaftliche Effekte.

Die Versicherung des Landes, dass hinter der Nachricht, nichts zu zahlen, kein Nein zum Gesamtprojekt steckt, überzeugte offenbar nicht. Albig, Verfechter des Projekts, forderte eine Klarstellung und stoppt so lange das Gutachter-Verfahren. Auch die rot-grünen Mehrheitsfraktionen sind irritiert: Das Projekt sei auf einem guten Weg gewesen, nachdem sich die Kieler Ratsversammlung wie auch die Kreistage in Plön und Rendsburg/Eckernförde für die Erstellung der Gutachten ausgesprochen hätten, klagten Achim Heinrichs (SPD) und Katja Günther (Grüne) über den für sie nicht nachvollziehbaren Rückzieher. Die StadtRegionalBahn sei das wichtigste regionale Wirtschaftspro-

jekt für den Großraum Kiel. Die CDU-Fraktionsspitze verwies ebenfalls darauf, dass sie bei dem entsprechenden Ratsbeschluss davon ausgegangen sei, dass sich das Land an den Kosten beteiligt. „Wir wünschen uns, dass die Gutachten auch finanziert werden, um eine vernünftige Entscheidungsgrundlage zu haben“, erklärten Michaela Pries und Stefan Kruber.

Die FDP sieht sich dagegen in ihren Bedenken gegen das „Millionengrab“ bestätigt: Offenbar hätten auch die Verantwortlichen im Ministerium die finanziellen Risiken erkannt. FDP-Ratsfrau Christina Musculus-Stahnke forderte die Stadt auf, die StadtRegionalBahn endlich aufs Abstellgleis zu schieben.